

Von Rostock nach Sachsenhausen – und wohin dann?

Es vergeht kein Tag mehr, ohne daß Wohnheime von Flüchtlingen überfallen werden, ohne daß Ausländer angegriffen und zusammengeschlagen werden.

Aber: es vergeht auch kein Tag, an dem die Regierenden nicht darüber ihr Bedauern ausdrücken und gleichzeitig die Änderung des Grundgesetzes als Allheilmittel zur Lösung aller Probleme des politischen Radikalismus und aller Flüchtlingsfragen empfehlen und vorbereiten.

Es vergeht leider auch kein Tag mehr, an dem nicht führende Vertreter der SPD die Argumente der Regierung übernehmen und ankündigen, daß sich die Gesamtpartei an der Grundgesetzänderung beteiligen wird.

Leider hören wir auch immer mehr Stimmen aus den Spitzen der evangelischen Kirchen, die auf diesen Zug aufspringen und den Boden des Evangeliums verlassen.

In dieser Situation fühlen wir uns aufgerufen, aus unserer Sicht dazu ein Votum abzugeben.

Wir sind Christinnen und Christen evangelischer und katholischer Konfession aus West- und Ostdeutschland, zusammengeschlossen in den Organisationen:

Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands (alte Bundesländer)
Initiative christliche Linke (neue Bundesländer)

(Diese Erklärung wurde Anfang Oktober 1992 verfaßt und publiziert. Wir haben sie aufgrund der beängstigenden Aktualität nachgedruckt, weil wir meinen, daß sich an der Richtigkeit unserer Einschätzung leider nichts geändert hat. Wer uns dazu ihre/seine Meinung mitteilen will, sei dazu herzlichst eingeladen. Unsere Anschrift: BRSD, Postf.2521, 7400 (72015) Tübingen.

1. Angriffe auf Ausländer kommen nicht nur in Ostdeutschland vor!

Hoyerswerda, Rostock, Greifswald usw. flimmern über die Mattscheiben.

Nicht in den Blickwinkel kam, daß 2/3 aller Anschläge bislang in den Alt-Bundesländern geschahen.

Rechtsradikalismus und Rassismus sind nicht die logische Frucht der DDR-Geschichte und erst recht nicht auf die fünf neuen Länder beschränkt.

Wenn die Regierenden in unserem Lande dies wider besseren Wissens erklären und den Rechtsradikalismus zu einem „Ossi-Phänomen“ abstempeln, verschweigen sie die Täter der Alt-Bundesrepublik, die 40 Jahre Demokratie nicht daran gehindert haben, Brandsätze auf schlafende Kinder zu werfen wie im rheinischen Hünxe.

2. Die Regierenden nennen nicht die sozialen Ursachen für die Ausschreitungen in Rostock und in anderen Orten der Ex-DDR!

Auf lange Sicht gefährlicher als 200-300 militante Neonazis sind einige Tausend applaudierende Bewohner in Rostock-Lichtenhagen. Der Applaus dieser Menschen wurde in den Medien gezeigt, aber nicht gezeigt wurden die sozialen Probleme, die wir für ursächlich halten für das Verhalten dieser Menschen.

Was hätten die Medien berichten können?

Zum Beispiel, daß es in Lichtenhagen 60% Arbeitslose gibt; daß die Jugendklubs geschlossen sind und es für die Jugendlichen keine Angebote mehr gibt; daß die heutigen Schülerinnen und Schüler nicht mehr wissen, wo sie eine Berufsausbildung erhalten; daß die meisten Bewohner heute nicht das Geld haben, um die Reisen zu machen, die ihnen in der DDR nicht erlaubt waren. Früher nicht erlaubt, heute erlaubt, aber finanziell unmöglich!

Diejenigen, die über die SED und die DDR enttäuscht waren und mit großen Hoffnungen die Wiedervereinigung begleiteten – genau die sind es jetzt, die sich als Opfer dieser Entwicklung sehen. Wer nicht in den neuen Bundesländern lebt, vermag sich nicht vorzustellen, wie groß die Enttäuschung dieser Menschen ist!

3. Die Regierenden nennen nicht die sozialen Ursachen, da sie sich selbst mit nennen müßten!

Wer erinnert sich nicht mehr an Helmut Kohls *„Vielen wird es besser, aber niemandem wird es schlechter gehen“*

Wir haben diesen Versprechungen nicht geglaubt, aber wir wenden uns dagegen, daß interessierte Kreise und Medien die Millionen, die im Osten CDU gewählt haben, jetzt als geistig Minderbemittelte und politisch Naive abqualifizieren, die nun, nachdem die von ihnen gewählte CDU regiert, die Konsequenzen dieser Politik bejammern.

Wir bedauern, daß die Arbeitslosen von Lichtenhagen und die perspektivlosen Jugendlichen von Rostock ihre Wut, ihre Enttäuschung und ihre Hoffnungslosigkeit gegen andere Opfer gerichtet haben und nicht gegen die wirklichen Verursacher ihrer Situation.

Die Werften und die anderen Rostocker Betriebe wurden nicht von Angolanern geschlossen, die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurden nicht von Vietnamesen aufgelöst und die Gewinner des Anschlusses von „Neufünfland“ sind nicht die rumänischen Roma. 500000 Asylbewerber werden als Zielscheibe präsentiert und lenken damit ab von der Bonner Regierung, der Treuhand, ...

4. Der Rechtsradikalismus wird weiter verharmlost!

Seit Jahren wurde von linker Seite daraufhingewiesen, daß die deutschen Rechtsradikalen durchorganisiert und vernetzt sind und daß es mittlerweile eine faschistische Logistik in der BRD gibt, die gut funktioniert. Regierung und Verfassungsschutz ignorierten dies und präsentierten nach jedem Anschlag von rechts „Einzeltäter“.

Nach dem 300. Einzeltäter und den generalstabsmäßig organisierten Angriffen in Rostock usw. gibt die Regierung zu, daß diese Logistik existiert. Wofür haben dann mehrere tausend Beamte des Verfassungsschutzes bisher ihr Geld bekommen, wenn sie nicht in der Lage sind

festzustellen, was einige „Linke“ sogar ohne Bezahlung ermittelten?

Wenn die staatlichen Stellen nicht willens sind, den braunen Sumpf trockenzulegen und das Strafrecht genauso gegen Rechts einzusetzen wie bisher gegen Links, macht sich dieser Rechtsstaat schuldig an den nächsten Anschlägen und dokumentiert damit, daß seit der Weimarer Republik nichts dazugelernt worden ist!

5. Rechts und Links ist nicht das gleiche

Nach den bisherigen Überfällen haben wir den Eindruck, daß dieser Staat sich von dem im **Grundgesetz** verankerten Grundsatz **„Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich!“** verabschiedet hat.

- In Rostock ist die Polizei „aus Personalmangel“ nicht in der Lage, die Asylbewerberunterkunft (1 Haus!) vor dem Pogrom zu schützen. Aber einige Tage später sind fast 7000 Polizisten im Einsatz um „linksradikale Krawalle“ in Rostock zu verhindern! Wer um Himmels Willen hat denn die Asylbewerber angegriffen!
- Bis jetzt sind in einem Jahr mindestens 10 Menschen Opfer rechtsradikaler Gewalt geworden. Wie hätte der Staat reagiert, hätte die RAF im letzten Jahr 10 Leute umgebracht? Wir befürchten, daß dann die Notstandsgesetze angewandt worden wären und der Staat alle seine Machtmittel eingesetzt hätte.
- In Rostock ist die Polizei nicht in der Lage oder nicht willens, brandbombenwerfende Faschisten abzuwehren – in München kesselt die Bereitschaftspolizei friedliche „linke“ Demonstranten ein, deren Bewaffnung aus Trillerpfeifen besteht.
- Rechtsradikale Organisationen arbeiten weitgehend ungestört – der Strafrechtsparagraf 129 (kriminelle Vereinigung) gilt offensichtlich nur für linke Gruppierungen.
- Bei Verfahren gegen militante Linke wurden Höchststrafen verhängt, Militanz von Rechts wird mit Bewährungsstrafen „geahndet“. Selbst für die Tötung von Menschen gibt es nur 4 Jahre Gefängnis! Wir erinnern uns an Fälle, wo eine Person bereits für das Pinseln einer RAF-Parole 1 Jahr ohne Bewährung erhielt!

6. Verständnis für die Motive der Täter

Was die aktuellen Ereignisse in der BRD unerträglich macht, ist die Reaktion vieler Politiker auf die Krawalle.

Statt sich unmißverständlich davon zu distanzieren, wird Verständnis dafür aufgebracht, die Schuld anderen zugeschustert, werden Opfer zu Tätern gemacht. Es ist der Gipfel der Perfidie, wenn etwa CDU-Politiker erklären, hätte die SPD der Grundgesetzdemontage eher zugestimmt, hätte es diese Ausschreitungen nicht gegeben.

7. Rettet das Grundgesetz vor der Regierung!

Wer Ohren hat zu hören und Augen hat zu sehen, wird das Grundgesetz nicht als Verursacher der heutigen Flüchtlingsströme sehen können.

Die Zunahme der Asylbewerber in der BRD hat ihre Ursache im Zusammenbruch des bisherigen Ostblocks und des Kollapses seiner Ökonomie. Die dortige Lage wird durch eine Grundgesetzänderung nicht besser. Da bedürfte es vieler Milliarden.

Auch die Zahl der Asylbewerber bei uns würde nach einer Grundgesetzänderung kaum sinken.

Sinken würde etwas anderes:

- Weiter absinken würde die politische Moral der CDU/CSU. Wer weiß, was sie dem „gesunden Volksempfinden“ noch alles an demokratischen Errungenschaften opfert, um Schönhuber zu verhindern und dabei zu überholen?
- Sinken würde die demokratische Kultur der SPD. SPD-Genossen, denkt daran, daß **Willy Brandt** und **Herbert Wehner** und viele Tausend andere Sozialdemokraten Asylanten gewesen sind! Eine Asylpraxis, wie sie jetzt Hardliner der CDU diskutieren, hätte sie zum sicheren Tod verurteilt. Die SPD ist erneut dabei, aus Angst vor dem politischen Tod Selbstmord zu begehen!

8. Für eine Wende in der Asylpolitik:

- Die demokratische Substanz unserer Verfassung muß erhalten werden. Wie in der Weimarer Republik und wie in der deutschen Nachkriegsgeschichte ist es Aufgabe der demokratischen und liberalen Öffentlichkeit dieses Landes, die Verfassung gegen ihre Demontage von Rechts zu verteidigen. Wir treten ein gegen die geplanten Grundgesetzänderungen!
- SPD, Bürgerbewegung und Gewerkschaften sind aufgerufen, sich dem rechten Druck zu entziehen und sich auf ihre Grundlagen zu besinnen. Wir unterstützen die Initiative der **Liga für Menschenrechte** für einen nationalen Proteststreik als Symbol und Zeichenhandlung des demokratischen Deutschlands. Was in Schweden bereits nach einem Opfer möglich war – ein landesweiter Streik – sollte auch bei uns möglich sein!
- Von den evangelischen Kirchen fordern wir, jede Annäherung an die Ausländerfeindlichkeit zu unterlassen. Die christliche Ethik fordert von Christinnen und Christen sich der Fremdlinge anzunehmen, die Schwachen zu unterstützen und sich gegen diejenigen zu wenden, die mit missionarischem Eifer die Veränderung und Außerkraftsetzung des Asylrechts betreiben. In der Weimarer Republik hat die evangelische Kirche zu spät begriffen, wohin der Zug ging. **Noch** ist es früh genug, es zu sehen!
- Von den Regierenden, den Spitzen von Staat und Gesellschaft, erwarten wir außer Sonntagsreden eindeutige Zeichen. Bisher wurden Flüchtlingsheime nie in den sogenannten „guten Wohngegenden“ eingerichtet. Wir fordern hier mit der Chancengleichheit Ernst zu machen. Warum gab es Container für Flüchtlinge auf Schulhöfen und nicht im Schloßgarten von Bellevue, dem Amtssitz des Bundespräsidenten. Auch innen ist dort ausreichend Platz.

Wir bitten die Leserinnen und Leser dieser Erklärung, sich an lokalen Aktionen zur Unterstützung der Flüchtlinge zu beteiligen und bei SPD, DGB, Bündnis 90/Grüne und den Kirchen gegen die geplanten Grundgesetzänderungen zu protestieren.

verantwortlich: Ulrich Peter – Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands
Klaus Körner – Initiative Christliche Linke